Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 16.02.2005
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

Anwesend waren vom Ausschuss:

Herr Chatzievgeniou, Pandelis
Frau Gottschaldt, Eva Christiane
Frau Gottschlich, Hannelore
Herr Kissel, Winfried
Frau Lotz-Halilovic, Erika
Frau Mehnert, Ute
Frau Perabo, Dr. Christa
Herr Schäfer, Wolfram
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Severin, Ulrich — vertreten durch Herrn Jan Kemmler
Frau Wölk, Marianne

Anwesend waren

vom Magistrat:	Herr Stadtrat Dr. Kahle
vom Kinder- und Jugendparlament:	
von der Agenda Soziales:	
von der Verwaltung:	Frau Volkert, Herr Pöppler und Herr Bardelmann, Herr Backes und Herr Meyer (FB Familie, Jugend und Soziales)
von der Presse:	

Protokoll:

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2004

Frau Marianne Wölk (SPD) hat an der Sitzung vom 08.12.2004 teilgenommen. Die Anwesenheit wird entsprechend ergänzt. Gegen das Protokoll werden im übrigen keine Einwände erhoben.

TOP 2 Bericht von Herrn Pöppler über die Arbeit des Kreis-Job-Centers

Wegen Erkrankung von Herrn Pöppler berichtet Herr Dr. Karsten McGovern über die Arbeit des Kreis-Job-Centers.
Konzeptionell basiere die Arbeit auf drei Bausteinen. Wichtigster Baustein sei das "Integrierte Fallmanagement", das die Gewährung von Hilfen aus einer Hand beinhalte. Weitere Bausteine seien der "Integrationsservice" und der "Personalservice". Die Arbeit werde an drei regionalen Standorten in Marburg, in Stadtallendorf und in Biedenkopf erledigt. Insgesamt seien etwa 7.300 Anträge von Bedarfsgemeinschaften gestellt worden. Hierunter befänden sich circa 9.500 erwerbsfähige Bedürftige. Vordergründiges Anliegen sei gegenwärtig die Bearbeitung der Anträge. Insbesondere bestünde bei den von der Arbeitsagentur übernommenen Akten ein erheblicher Nachbearbeitungsbedarf vor allem im Bereich der Kosten der Unterkunft. Die Tätigkeitsbereiche der Vermittlung in Arbeit und das Abschließen von Eingliederungsvereinbarungen seien daher entsprechend zurückgestellt.
Bezogen auf die bisher begonnenen Integrationsmaßnahmen wird beschrieben, dass hier wiederum eine Untergliederung in die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, die Qualifizierung und die Weiterbildung vorgenommen werde. Eine perspektivische Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten sei nicht geplant. Die Bereiche Qualifizierung und Weiterbildung seien nocht nicht abschließend konzipiert. Statistische Zahlen lägen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor.
Im Anschluss an seinen Bericht beantwortet Hr. Dr. McGovern Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Ausschuss besteht der Wunsch, einen Bericht über die Arbeit des Kreis-Job-Centers in einem Jahr zu wiederholen.

TOP 3 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Parkhaus Pilgrimstein Vorlage: VO/0041/2005

Die Vorsitzende spricht für den Ausschuss und betont, dass es sich um einen Prüfantrag handele. Herr Dr. Kahle spricht für den Magistrat und berichtet, dass die Stadtwerke als Maßnahme die Besetzung des Parkhauses mit zwei Aufsichtspersonen veranlasst haben. In Marburger Parkhäusern sei in den letzten Jahren kein Zwischenfall dokumentiert worden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag zu unterstützen.

TOP 4 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Konzept zur Schaffung von zusätzlichen Plätzen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren Vorlage: VO/0053/2005

Fr. Dr. Perabo spricht für den Ausschuss. Der Antrag soll auf seiner Seite 2 in der zweiten Zeile nach den Worten " ... heimische Wirtschaft" um die Worte "und die Universität" ergänzt werden. Hiergegen gibt es seitens der Ausschussmitglieder keinerlei Einwände, so dass ohne förmliche Abstimmung im Einvernehmen die Ergänzung von allen akzeptiert wird. Herr Dr. Kahle spricht im Anschluss daran für den Magistrat. Der Antrag wird danach im Ausschuss diskutiert.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen. Frau Gottschlich, CDU-Fraktion, meldet Aussprache im Parlament an.

TOP 5 Konzept des Vereins zur Förderung der Integration Behinderter (fib e.V.)

einer Wohnungsbörse
Die Vorsitzende spricht für den Ausschuss; Hr. Dr. Kahle spricht für den Magistrat. Im Anschluss daran stellen Hr. Urban vom fib e.V. sowie Fr. Lux aus dem Pflegebüro der Stadtverwaltung das Projekt vor und erläutern Hintergründe, Inhalte und Zusammenhänge und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. Zwei Schwerpunkte des Konzeptes, der Personenkreis der behinderten Menschen und der Personenkreis der Seniorinnen und Senioren, werden danach im Ausschuss diskutiert.

Der Ausschuss befürwortet einstimmig die Unterstützung der Initiative mit dem Ziel des Abschlusses einer Kooperationsvereinbarung.

TOP 6 Marburger Stadtpass
Fr. Dr. Perabo spricht für den Ausschuss. Hr. Dr. Kahle berichtet für den Magistrat: Es ist geplant eine Anhebung der Einkommensgrenze im Magistrat zu beschließen. Darüber hinaus sollen die Richtlinien um einen befristeten Zeitraum in 2005 verlängert werden mit dem Ziel, aussagefähigere Zahlen zu erhalten, um für eine eventuelle Neukonzeption der Stadtpassrichtlinien exaktere Prognosen ableiten zu können. Als Tischvorlage wurde den Ausschussmitgliedern ein Arbeitspapier zu diesem Tagesordnungspunkt vor Sitzungsbeginn verteilt.

Im Ausschuss werden hiergegen keine Einwände erhoben

TOP 7 Verschiedenes
Hr. Dr. Kahle spricht über die "Ermäßigung und Übernahme der Kinderbetreuungsgebühren im Kindergartenjahr 2003/2004". Der entsprechende Bericht seitens der Jugendhilfeplanung und des FD Kindertagesbetreuung wurde zu Sitzungsbeginn den Ausschussmitgliedern verteilt und wird in den Jugendhilfeausschuss übernommen.

Frau Volkert von der Verwaltung, Fbl. 5.2, berichtet über die Veränderungen im Rundfunkgebührenbefreiungswesen. Hier sind, vorbehaltlich der Ratifizierung des 8. Rundfunkgebührenstaatsvertrages, ab dem 01.04.2005 nicht länger die örtlichen Sozialämter, sondern ausschließlich die Gebühreneinzugszentrale in Köln (GEZ) für die Bearbeitung der Anträge zuständig. Weiterhin verändern sich die Personenkreise, die zur Rundfunkgebührenbefreiung berechtigt sind. Zukünftig sind nur noch Bezieher von SGB II -, SGB XII - , AsylbLG - und BAFöG - Leistungen sowie sonderfürsorgeberechtigte, hörgeschädigte und behinderte Menschen berechtigt. Nicht- Leistungsbezieher, wie beispielsweise Studentinnen und Studenten, die Unterhalt bekommen, und minderbemittelte Menschen haben künftig keinen Anspruch mehr, von den Rundfunkgebühren befreit zu werden.

Seitens Hr. Chatzievgeniou (SPD) wurde der Wunsch herangetragen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses eine Übersicht bzw. einen Bericht über die Neuerungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des SGB XII zu erhalten.

In diesem Zusammenhang berichtet Hr. Dr. Kahle, dass, außer für Bestandsfälle, seit dem 01.01.2005 der Zusatzbarbetrag für Heimbewohnerinnen und -bewohner weggefallen ist.
Im Bereich des Jugendlastenausgleichs habe das Land Hessen insgesamt 10 Mio € gestrichen. Für den Bereich der Stadt Marburg bedeutet das im Haushalt 2005 eine unvorhergesehene Mindereinnahme in einer Größenordnung von 154.500 €. Hinsichtlich der Weiterleitung dieser Mittel an Zuwendungsberechtigte

ergäben sich demzufolge Kürzungen in entsprechender Höhe.
Abschließend werden seitens Hr. Dr. Kahle allgemein die Belegungsprobleme der Kindertagesstätten angesprochen.

Marburg,

Vorsitzende:

Dr. Christa Perabo
Stadtverordnete

Protokoll:

Uwe Pöppler
Amtmann